

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

27. Mai 2019
GRÜNE 11 / 2019

Ratsantrag

Standort für ein Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof prüfen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Vorstudie zur Realisierung eines unterirdischen Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof zu erstellen. Geprüft werden soll, ob ein Parkhaus auf den Flächen unter dem rückseitigen Parkplatz des Gebäudes der Bundespolizei realisierbar ist. Die Planungen sollen etwa 1.000 mögliche Abstellplätze für Fahrräder/ Pedelecs und E- Roller umfassen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit dem BLB und der Bundespolizei über eine Überlassung der heute unter dem Parkplatz liegenden Flächen zu verhandeln – sei es in Form von Ankauf, Pacht oder Miete.

Der Rat beauftragt die Verwaltung weiterhin, Fördermittel für eine Realisierung einzuwerben.

Begründung

Die Realisierung eines Fahrradparkhauses am Standort Hbf ist seit Jahren überfällig. Eine Mobilitätswende in Aachen erfordert gerade an Knotenpunkten zum ÖPNV und Schienenverkehr wie dem Hbf Aachen eine komfortable und ausreichend große Infrastruktur zum sicheren Abstellen von Zweirädern. Die meisten Großstädte, insbesondere Universitätsstädte, verfügen seit Jahren über geräumige Fahrradparkhäuser an ihren Hauptbahnhöfen.

Der vor mehr als fünf Jahren mit einem privaten Investor vereinbarte Bau von 400 Fahrradabstellplätzen im Rahmen des „Blue Gate“-Projekts am Hbf ist bis heute nicht realisiert und entspricht in seiner Zielgröße der Abstellflächen in keinsten Weise dem notwendigen realen Bedarf.

Die günstige topografische Lage für eine Unterbauung des genannten Parkplatzes lässt eine hohe Anzahl an Fahrradstellplätzen zu, die ebenerdig von der Lagerhausstraße zwischen dem Gebäude der Bundespolizei und dem Verwaltungsgebäude aus anfahrbar sind.

Der Ausgang aus dem Parkhaus kann ca. auf Höhe der heutigen Parkplatzfläche mit unmittelbarem Zugang zum Hbf liegen. Mit Hilfe einer Rampenanlage bis auf die Höhe der Zollamtsstraße kann ein barrierefreier Zugang zum Hbf und seinen Gleisanlagen ermöglicht werden. Die für die Bundespolizei notwendigen Abstellflächen für Fahrzeuge können dabei vollständig erhalten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Kaj Neumann
mobilitätspolitischer Sprecher

Michael Rau
planungspolitischer Sprecher

Melanie Seufert
Fraktionssprecherin